

Verschiebeparkhaus Gesamtschule

Es wird wohl keine **Containerklassen** während der Sanierung der Gesamtschule Schlebusch geben. Im Schulausschuss diskutierte die Politik erneut über die **Auslagerung** von 400 Schülern. Betroffene Eltern hörten zu.



Dieses Mal hörten die Eltern, darunter auch Schulpflegschaftsvorsitzende Beate **Glombitza** (l.), während der Sitzung des **Schulausschusses** „nur“ zu. Mit der Lösung, die Klassen auszulagern, sind sie aber weiterhin nicht einverstanden, fürchten unter anderem zu lange **Anfahrtszeiten** für die Kinder. RP-FOTOS: UWE MISERIUS

VON MONIKA KLEIN

OPLADEN Bei der letzten Sitzung des Schulausschusses, als nur über die Finanzierung der Brandschutzsanierung der Gesamtschule Schlebusch entschieden wurde, demonstrierten Eltern mit Plakaten gegen eine Auslagerung von Schulklassen während der Bauzeit. Sie wollen stattdessen, dass ihre Kinder in Containerklassen auf dem Schulhof unterrichtet werden. Auch bei der inhaltlichen Debatte im Ausschuss am vergangenen Montag waren Eltern und Schulpflegschaftsvorsitzende Beate Glombitza dabei. Dieses Mal allerdings nur als Zuhörer, die den Schlagabtausch der Politiker erst nach der Sitzung vor der Tür kommentierten.

Lärm, Schmutz und Enge

Dass der Ausschuss nicht in ihrem Sinne entscheiden würde, hatten sie realisiert, als alle Fraktionen ihre Sicht der Dinge klarlegten. Die Mehrheit stimmte für die Unterbringung von rund 400 Schülern im Gebäude der auslaufenden Hauptschule Görresstraße, die ihrerseits umziehen muss.

Enttäuscht sei sie von der Haltung der Grünen und der FDP, sprach Beate Glombitza für die Eltern. Beide Fraktionen waren, ebenso wie die CDU, zur Einsicht gelangt, dass es im Sinne der Schüler die bessere Lösung sei. In Containerklassen seien sie dem Baulärm ausgesetzt, im Winter mache



Ernst **Küchler** (2.v.r.) forderte, die Schüler am Standort der Gesamtschule in Schlebusch zu belassen. Schuldezernent Marc **Adomat** (Mitte) argumentierte, die Bezirksregierung wäre mit einer Containerlösung nicht einverstanden.

Kälte und im Sommer Hitze zu schaffen. Als weiteres Argument gegen Container wurde der Flächenverbrauch angeführt. Auch die Baufirmen würden Platz für Fahrzeuge, Lagerung oder Baucontainer beanspruchen. Das schränke die Bewegungsfreiheit zu stark ein, findet Bernhard Marewski (CDU), der als Lehrer am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium leidvolle Erfahrungen mit Baumaßnahmen bei laufendem Betrieb machte.

Lärm, Schmutz und Enge seien eine große Belastung. Selbstverständlich habe sich die Schulkonferenz auch darüber im Vorfeld Gedanken gemacht, kommentierte die Elternvertreterin hinterher. Trotzdem sei man zur Erkenntnis gelangt, dass die Vorteile überwiegen. Dem folgte auch die SPD. Aus pädagogischen Gründen plädierte

INFO

Überall Platzmangel

Wenn 400 Schüler der Stufen 7/8 während der zweijährigen Sanierung der Gesamtschule in das Gebäude **Görresstraße** ausgelagert werden, muss dort die auslaufende Hauptschule weichen. Deren Klassen sollen in die **Theodor-Wuppermann-Hauptschule** umziehen, die dann drei Räume der ehemaligen **KGS Scharnhorststraße** und Sportmöglichkeiten von der **GGG Regenbogenschule** beansprucht. Die hat selbst Bedarf, weil sie neun Klassen in acht Räumen unterrichtet und so viele Anmeldungen hat, dass ab Sommer ein zehnter Raum benötigt wird.

Ernst Küchler dafür, alle Schüler am Standort zu lassen, denn nur so könnten alle von dem Ganztagsangebot profitieren.

Unnötig lange Anfahrtszeiten

Die Bezirksregierung hätte die Containerlösung, die mehr als eine halbe Million Euro kosten würde, wahrscheinlich abgelehnt, so Dezernent Marc Adomat. „Wenn wir von der Gemeindeprüfungsanstalt darauf hingewiesen werden, dass wir Überhänge bei Schulräumen haben und Container aufstellen, dann können wir das nicht rechtfertigen.“ Beate Glombitza erwartet, dass sich die Stadt über die Schulwege Gedanken macht. Der vorgesehene Pendelbus würde für einige Schüler die Anfahrtszeit unnötig verlängern. Dafür müssten teils Schülertickets ausgegeben werden.